

»Die Krise der Sozialsysteme und die Zukunftsfähigkeit des deutschen Sozialstaatsmodells«

Vortragsreihe zum Thema:

*»Sozialstruktur und Sozialstaatlichkeit im Wandel« -
Schwerpunktthema im Wahlkernfach bzw. Leistungskurs
Gemeinschaftskunde in Ba-Wü 2020 und 2021*

Kooperationspartner



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

*Jürgen Kalb, LpB,
Chefredakteur der Zeitschrift »Deutschland&Europa«, Landeszentrale für
politische Bildung Baden-Württemberg
Studiendirektor i.R. / ehemaliger Fachberater RPS (Gymnasien)*



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Gliederung

- 1. Problematisierung: Europaweite **Krise des Sozialstaats** - »ein Vergleich Frk und D«
- 2. Der **Bildungsplan** für die Kursstufe Gymnasium Ba-Wü
- 3. Unterschiedliche **Sozialstaatskonzepte in Europa und deren Wandel**
- 4. **Sozialstaatsregelungen im GG (traditioneller und erweiterter Sozialstaatsbegriff)**
- 5. **Sozialpolitik** in der BRD
 - a) Nach 1949: Kernbestand, traditioneller Sozialstaatsbegriff im GG
 - b) Sozialliberale Koalitionen 1969-1980: Ausbau – erweiterter Sozialstaatsbegriff
 - c) Einschnitt: deutsche Vereinigung 1990ff: Übertragung des Sozialstaats auf neue Bundesländer
 - d) Rot-grüne Koalitionen: 1998-2005: »Agenda 2010« - »aktivierende Sozialstaatspolitik«
 - e) Merkel-Kabinette ab 2005: »Fortsetzung der Agenda-Politik – Mindestlohnregelungen«
- 6. Unterschiedliche Bewertung des Sozialstaats nach den Agendareformen (**Karika-Tour**)
- **7. Bewertungskriterien**
- **8. Aktuelle Herausforderung: Digitalisierung / Arbeit 4.0**
- 9. Aktueller **Stand der Diskussion / Reformvorschläge**
 - a) Weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters
 - b) das bedingungslose Grundeinkommen
 - c) das solidarische Grundeinkommen
 - d) Orientierung sozialstaatlicher Leistungen am Produktivitätsfortschritt /Umverteilung
- 10. Fazit: **Sozialstaat und Partizipation/ Demokratiesicherung**
- **11. Kleine Literaturliste**

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

1. Massenproteste in Frankreich gegen Rentenreform 2019



SWR > SWR Aktuell



MACRON'S RENTENREFORM

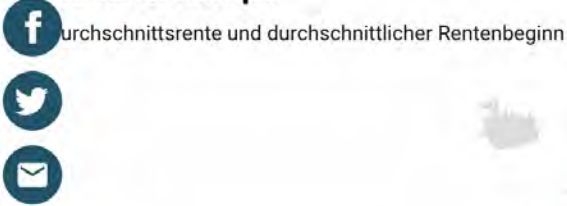


REFORMPLÄNE IM KABINETT

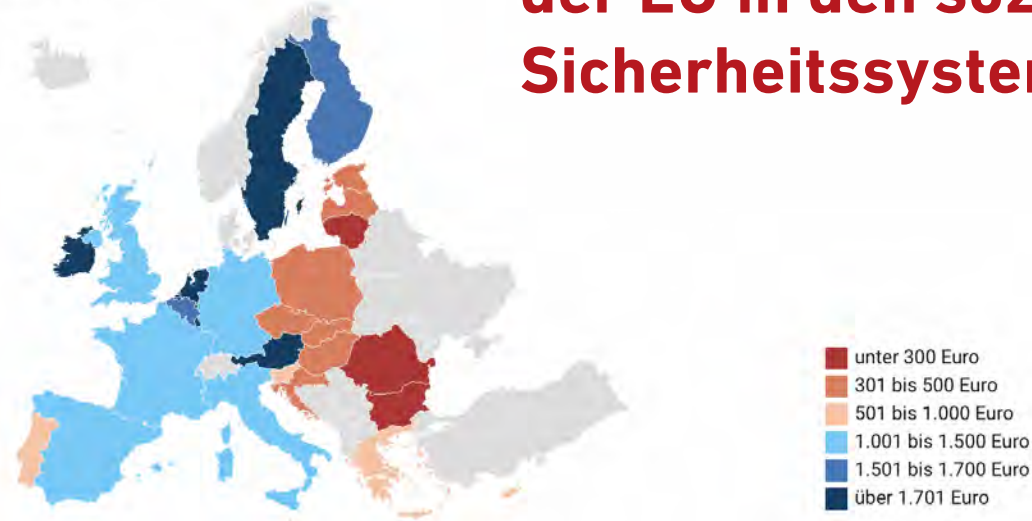
Frankreichs Regierung bringt Rentenreform auf den Weg - trotz Massenprotesten



Rente in Europa

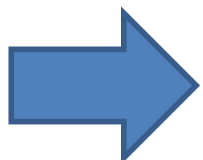
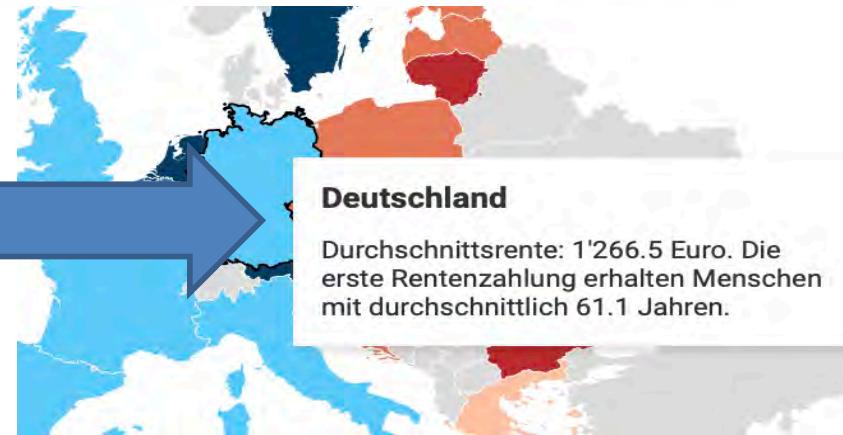
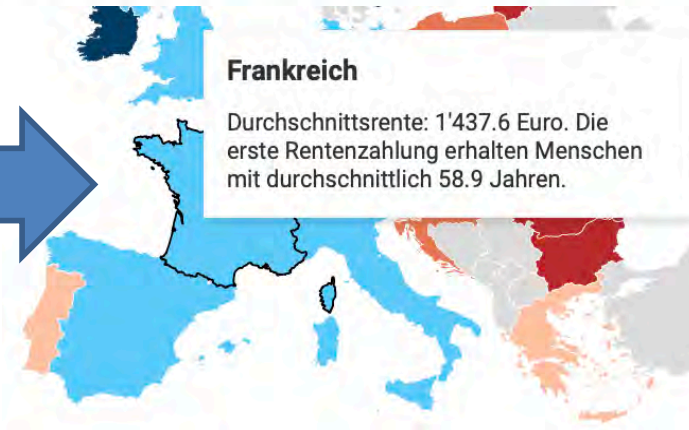
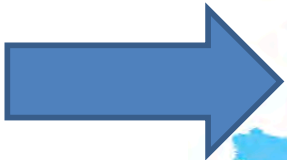


Deutliche Unterschiede in der EU in den sozialen Sicherheitssystemen



Die Werte der Durchschnittsrente stammen aus dem Jahr 2017, die des Renteneintrittsalters aus dem Jahr 2012. Aus Dänemark, der Schweiz, Norwegen und Island langen keine vollständigen Daten vor.

Grafik: SWR Aktuell • Quelle: Eurostat • Daten herunterladen • Erstellt mit Datawrapper



Durchschnittliches Renteneintrittsalter Frk: 58,9 Jahre – D: 61,1 Jahre
Gesetzliche Vorgaben: Frk 58-62 Jahre -- D: 67 Jahre



OECD-Studie (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Frankfurter Allgemeine

Wirtschaft

Frankfurt am Main 5°

F.A.Z.-INDEX 2.377,96 -1,85 % DAX* 12.964,68 -2,05 % EUR/USD 1,1078 +0,02 % DOW JONES 27.783,04 -- ALLE KURSE

ALTERSARMUT IN DEUTSCHLAND

OECD verrißt deutsches Rentensystem

VON KERSTIN SCHWENN, BERLIN - AKTUALISIERT AM 27.11.2019 - 11:00



Die Industrieländerorganisation kritisiert die Rentenpolitik der Bundesregierung als völlig unzureichend. Selbst wer sein ganzes Leben Vollzeit arbeitet, beziehe in Deutschland deutlicher weniger als im OECD-Durchschnitt.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sieht erheblichen Reformbedarf im deutschen Rentensystem. Nachbesserungen sind nach der jüngsten Fortschreibung der Studie „Renten auf einen Blick“ vor allem bei der Alterssicherung sogenannter atypisch Beschäftigter notwendig, also von Selbständigen, Angestellten in Teilzeit oder mit befristeten Verträgen. Wegen der schnellen Alterung der Bevölkerung sieht die OECD außerdem die finanzielle Tragfähigkeit des deutschen Rentensystems unter Druck.

OECD - 36 Mitgliedstaaten. Die Mitglieder gehören zu den Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen und gelten als entwickelte Länder.

lpb

2. Exkurs: »Bildungsplan Gemeinschaftskunde« Baden-Württemberg – Gymnasium«

KURSSTUFE (4-STÜNDIG)

1. SOZIALSTRUKTUR

UND SOZIALSTAATLICHKEIT IM WANDEL

1.1 *Gesellschaftlicher Wandel und gesellschaftspolitische Herausforderungen*

Die Schülerinnen und Schüler können

- Daten zur Analyse der Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland auswerten;
- Ansätze zur Beschreibung der Sozialstruktur sowie deren Indikatoren darstellen und beurteilen;
- Ursachen, Entwicklungstendenzen und mögliche Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels erläutern;
- Möglichkeiten der Gesellschaftspolitik erörtern.

1.2 *Bevölkerungsentwicklung und Migration*

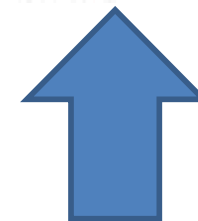
Die Schülerinnen und Schüler können

- ihre Kenntnisse der Gesellschaftsanalyse auf die Beschreibung aktueller Entwicklungen anwenden;
- Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung darstellen und deren Implikationen beurteilen;
- das Phänomen der Migration als besondere gesellschaftspolitische Aufgabe erfassen;
- Maßnahmen der Integrationspolitik erläutern und in der Kontroverse über Zielsetzung und Reichweite von Integrationspolitik Stellung beziehen.

1.3 *Die Ausgestaltung des Sozialstaats*

Die Schülerinnen und Schüler können

- die Grundprinzipien und Kernbereiche des Systems der sozialen Sicherung erläutern;
- das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes analysieren und interpretieren;
- Solidarität und Subsidiarität als Grundprinzipien unterschiedlicher sozialpolitischer Ansätze definieren;
- Probleme des modernen Sozialstaats zusammenfassend darstellen;
- verschiedene Reformansätze, die auf die Probleme des Sozialstaats zu antworten versuchen, darstellen und beurteilen;
- die Entwicklung der europäischen Sozialpolitik und ihrer Reichweite darstellen und beurteilen;
- die Forderung nach einer europäischen Sozialunion unter politischen und wirtschaftlichen Aspekten erörtern.






3. Wissenschaftliche Unterscheidung unterschiedlicher Sozialsysteme in Europa



Die international **vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung**

1. bezeichnet Deutschland als »**konservativen Sozialstaat**« (rheinischer Kapitalismus)
2. im Unterschied zum »**liberalen**« (*angelsächsischen*) und
3. »**sozialdemokratischen**« (*skandinavischen*) **Wohlfahrtsstaatstyp**

(vgl. Esping-Andersen 1991)



»Im internationalen Vergleich zeichnet sich der **dt. Sozialstaat** durch die (1) **starke Stellung der Verbände**, (Prinzip der Subsidiarität/ Familien / Wohlfahrtsverbände Kirchen))

den (2) **Vorrang erwerbsarbeitsbezogener Sozialversicherungssysteme** und (3) die **kollektiv-vertraglichen Regelungen des Arbeitsrechts** als staatlich geschützter Sphäre verbandlicher Sozialgestaltung aus.«

(vgl. Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.. Heidelberg: Springer, 2013.)



4. Das Sozialstaatsprinzip im Grundgesetz (»normativer Begriff«)

1. GG Art 20, Abs. 1: »Die Bundesrepublik Deutschland ist ein **demokratischer und sozialer Bundesstaat**.«
2. GG Art 1: »Die **Würde des Menschen** ist unantastbar.« (*BVerfG: materielles Existenzminimum gesichert / erweiterter Sozialstaatsbegriff*)
3. GG Art 72, Abs 2: »Herstellung **gleichwertiger Lebensverhältnisse** im Bundesgebiet«
4. GG Art 79, Abs 3: » (3) Eine **Änderung** dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den **Artikeln 1 und 20** niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist **unzulässig**«. (*Ewigkeitsartikel*)



Erweitertes Sozialstaatsprinzip im Grundgesetz (»normativer Begriff«)

1. GG Art 3, Abs 2 und 3: »(2) Männer und Frauen sind **gleichberechtigt**. Der Staat fördert die **tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung** von Frauen und Männern und wirkt auf die **Beseitigung bestehender Nachteile** hin.
(3) **Niemand** darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen **benachteiligt oder bevorzugt werden**. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.
2. GG Art 6: »Schutz von **Ehe und Familie**«
3. GG Art 9, Abs. 3: »**Koalitionsfreiheit** von Arbeitnehmern«
4. GG Art 14, Abs 1 - 3: » (1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. (...) (2) **Eigentum verpflichtet**. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. (3) Eine **Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig**. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt.



5. »Sozialpolitik« in der Bundesrepublik Deutschland

Die **Garantie des Eigentums** (GG Art 14) soll ...

- (1) für eine **effiziente Versorgung** der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen sorgen. (Wirtschaftssystem – allerdings keine Festlegung)
- (2) Märkte produzieren aber auch eine Vielzahl **sozialer Risiken und Problemlagen**.
- (3) Der Sozialstaat in D soll als **kompensatorisches System** zur Vermeidung von Armut, Not und gravierender sozialer Ungerechtigkeit beitragen: (Art 20)
- (4) Traditionell sind die Aufgaben des Sozialstaats in Deutschland: **Sicherung des Einkommensausfalls bei Krankheit, Invalidität, Alter (Rente) und Arbeitslosigkeit**.
- (5) In Deutschland ist dies als **soziales Versicherungssystem** seit Reichskanzler Bismarck (Regierungszeit: 1871-1890) entstanden: »Zuckerbrot und Peitsche: Sozialistengesetze«

a) »Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland«



Plakat der Reichsregierung kurz vor dem Ersten Weltkrieg



Fünf Pflichtversicherung für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen / gilt nicht für Beamte und Selbstständige



»Ausbau sozialstaatlicher Leistungen«

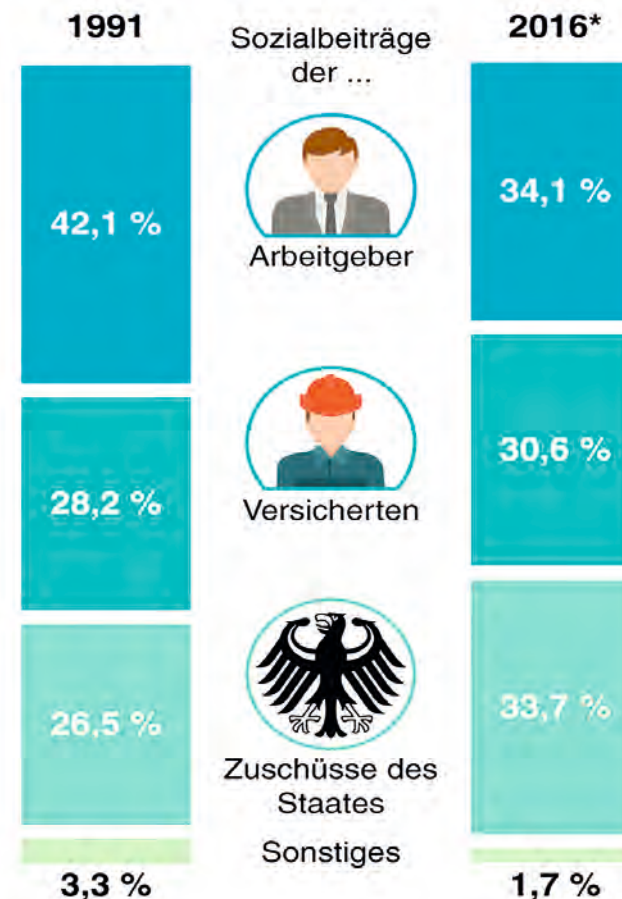
Erweiterter Sozialstaatsbegriff:

- Lastenausgleich für Vertriebene
- Sicherung des **Existenzminimums** (BVerfG 2010)
- **Wohnungspolitik** (sozialer Wohnungsbau)
- **Familienpolitik** (Kindergeld, Elterngeld usw.)
- **Bildungspolitik** (»Bildungsnotstand«, ab 1967)
- **Arbeitsmarktpolitik** (ab 1966: *keynesianische Intervention, Kurzarbeitergeld*)
- **Steuerpolitik**: z.B. »progressive Einkommensteuer«

Ziel: **Integration der vom Markt ausgeschlossenen Bevölkerung in Marktprozesse**

Wer finanziert den Sozialstaat?

Anteile in Prozent



rundungsbedingte Differenzen

*Schätzungen

Quelle: BMAS

© Globus 12096

lpb



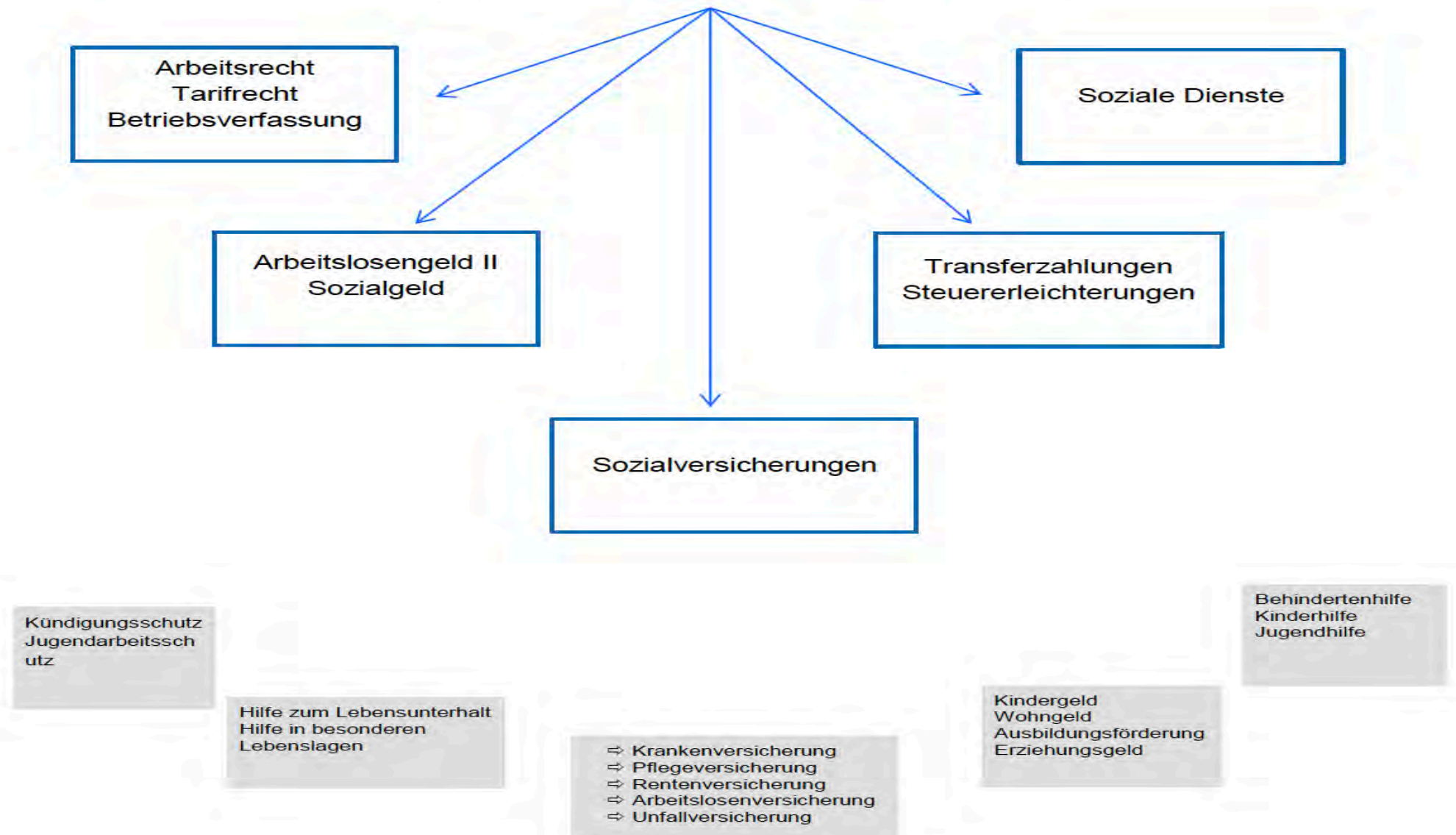
b) »Ausbau des Sozialstaats in sozialliberalen Koalitionen (SPD/FDP): 1969-1980)«

- ➔ - **Bildungsreformen:** Hochschulausbau und BAFÖG
- ➔ - **Ausbau Sozialleistungen,** z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, höhere Renten, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, höheres Kindergeld
- ➔ - **Neues Ehe- und Familienrecht,** Gleichstellung der Frauen, Entkriminalisierung der Homosexualität
- ➔ - **Mehr demokratische Mitwirkung:** Wahlrecht, betriebliche Mitbestimmung

»Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland«

- Zwischenergebnis -

Sozialpolitik – ein Überblick



c) »Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland«

(1) Große Herausforderung: Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland

Verschiedene Kostenberechnungen zur Deutschen Einheit

Alle Angaben in Euro

- Transferzahlungen nach Ostdeutschland
- Zusätzliche Einnahmen durch die Wiedervereinigung



Quelle: Die Zahlen beruhen auf Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, des ifo Instituts Dresden und des Wirtschaftsforschers Ulrich Blum von der Universität Halle-Wittenberg
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0.de
Bundeszentrale für politische Bildung, 2015





d) »Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland«

- Weitere Herausforderungen, insbesondere seit den 1990er Jahren

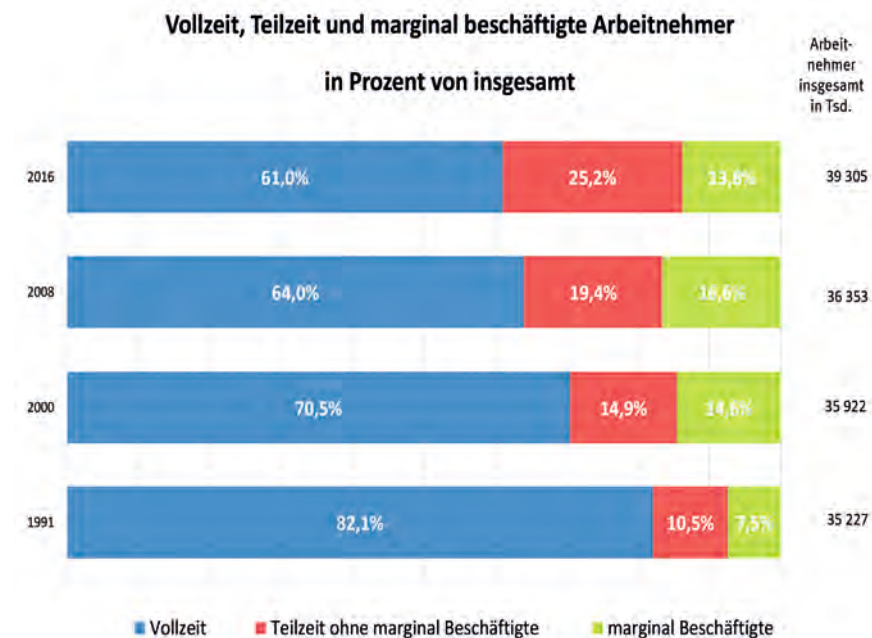
- **Globalisierungsprozesse:** verschärfter internationaler Wettbewerb und Dominanz der internationalen Finanzmärkte / gestiegene Arbeitslosigkeit
- **Finanzierungsprobleme öffentlicher Haushalte /** Sparpolitik / hohe Kosten des Sozialstaats / Siegeszug des Neoliberalismus
- **Demographischer Wandel** (in Europa und den USA)
- **Migrationsprozesse** (in die EU: 4 Freiheiten des Binnenmarkts / Flüchtlingsströme (Kriege))

Antwort der rot-grünen Bundesregierungen (1998-2005) sowie der Merkel-Kabinette (seit 2005-?):

»DIE AGENDA 2010« (erstmalig: Gerhard Schröder, SPD, seit 2003)

Maßnahmen »Agenda 2010« u.a.:

- **Hartz IV /Arbeitslosengeld II**
- Neue Beschäftigungsformen: Mini-/Midijobs (**prekäre Beschäftigung**)
- **Steuersenkungen für Unternehmen / Kapitalgesellschaften**
- **Infrastrukturförderung** (z.B. Kinderbetreuung / Zuschüsse für Schulen)
- u.a.



6. Unterschiedliche Bewertung des Sozialstaats seit den »Agenda-Reformen« - Eine »Karikatur«

1: F. Wolf



Das soziale Netz
F. Wolf/CCC



2: G.Mester

lpb

Unterschiedliche Bewertung der »Agenda-Reformen«

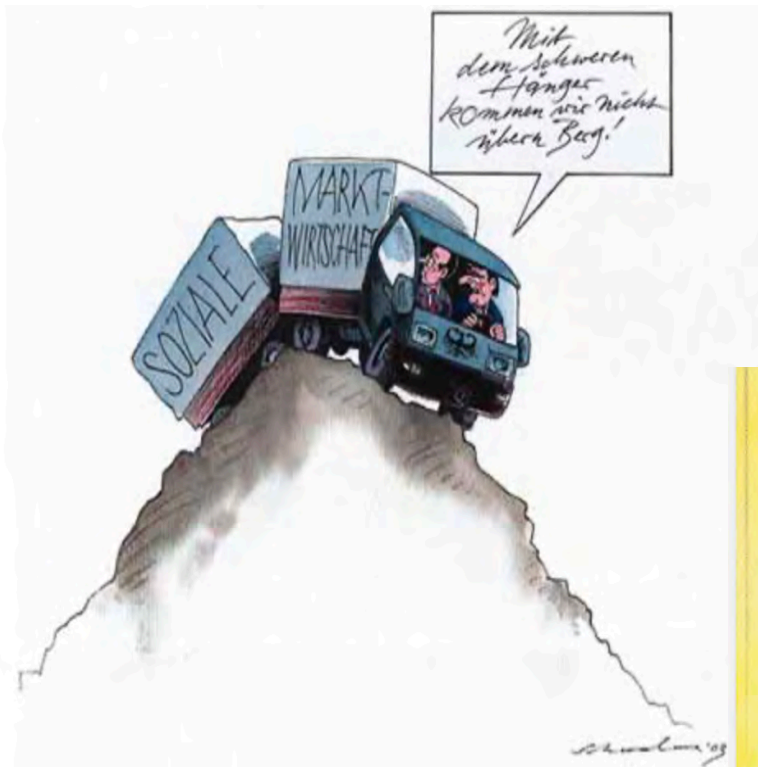
- Eine Karika-Tour



3: G.Mester

b) Der aktuelle Sozialstaat: Eine »Karikatur«

4: Schwalme



5: Mester

7. Unterschiedliche Bewertungen der »Agenda-Reformen«:

Bewertungskriterien – 2 Stimmen

(1) Herr Präsident!, (...) Wir müssen den Mut aufbringen, in unserem Land jetzt Veränderungen vorzunehmen, die notwendig sind, um **wieder an die Spitze der wirtschaftlichen und der sozialen Entwicklung in Europa zu kommen.** (...)

*Deutschland hat mit einer Wachstumsschwäche zu kämpfen, die auch strukturelle Ursachen hat. Die **Lohnnebenkosten** haben eine Höhe erreicht, die für die Arbeitnehmer zu einer kaum mehr tragbaren Belastung geworden ist und die auf der Arbeitgeberseite als Hindernis wirkt, mehr Beschäftigung zu schaffen. (...) Wir müssen die **Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung verbessern.** (...) Entweder wir modernisieren, und zwar als soziale Marktwirtschaft, oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen würden. (...) Die Struktur unserer Sozialsysteme ist seit 50 Jahren praktisch unverändert geblieben. Der **Umbau des Sozialstaates** und seine Erneuerung sind unabweisbar geworden. Dabei geht es nicht darum, ihm den Todesstoß zu geben, sondern ausschließlich darum, die **Substanz des Sozialstaats zu erhalten.*** Gerhard Schröder, Bundeskanzler, SPD 2003



(2) Gerhard Schröders »Agenda« flankierte das für die **rot-grüne Regierungspolitik** zentrale Gesetzgebungsverfahren zur Reform des Arbeitsmarktes. »Hartz IV« ist die berühmt-berüchtigte Chiffre für den bis heute mit Abstand **tiefsten Einschnitt in das deutsche Sozialmodell.** (...)

Hartz IV führte zur Verschärfung der **sozialen Schieflage im Land**, zur **Ausweitung der (Kinder-)Armut** bis in die Mitte der Gesellschaft hinein und zur **Verbreiterung des Niedriglohnbereichs.**

Christoph Butterwegge, Professor, Politologe, Armutsforscher zur Agenda 2010

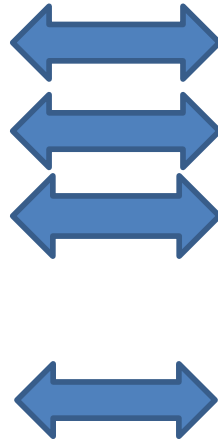
 **Ziel: »Aktivierender bzw. investiver Sozialstaat«**

7. Zwischenbilanz:

Beurteilungskriterien / Multiperspektivität

Beurteilungskriterien,
z.B.:

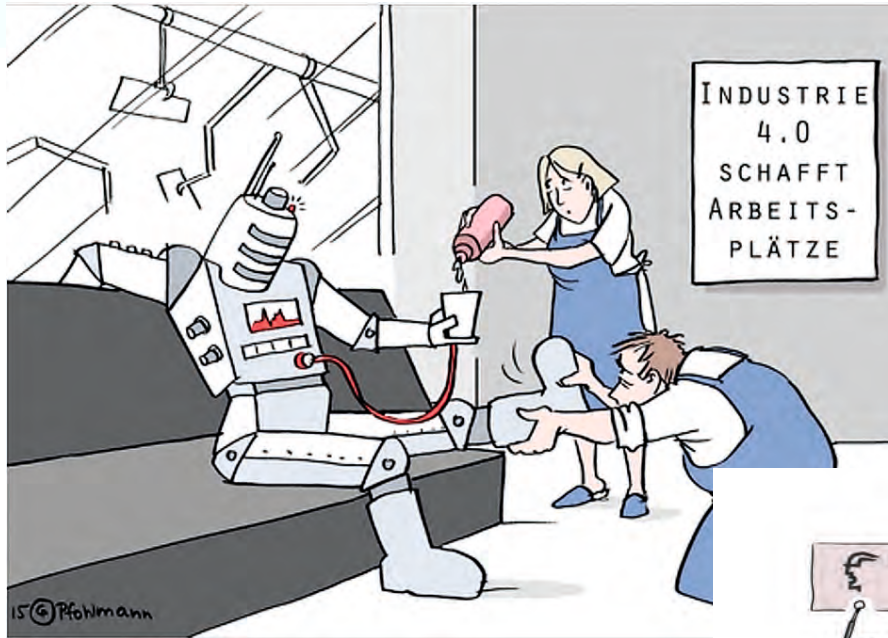
- **Effizienz**
- **Gerechtigkeit**
- **Nachhaltigkeit**
(Soziale, politische
und ökonomische)
- **Stabilität**
- u.a.



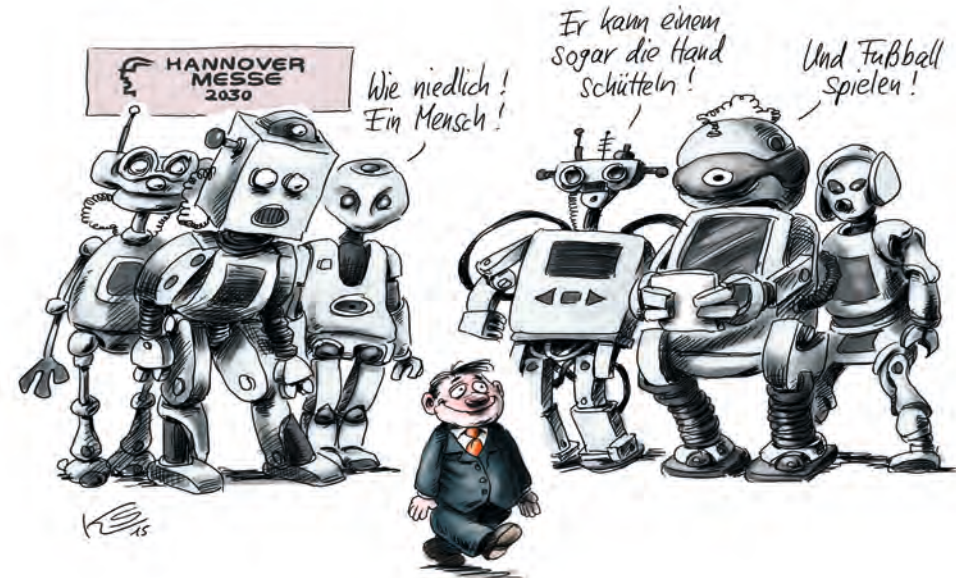
Agierende, z.B.:

- **Unternehmen** (*Groß-/Kleinuntern.*)
 - **Sozialversicherungspflichtige
Arbeitnehmer/-innen**
 - **Prekäre Beschäftigte**
 - **Arbeitslose** / Hartz IV-
Empfänger/-innen
 - **Banken/Internationale
Finanzinstitute**
 - **In Ausbildung Befindliche**
 - Rentner
 - Beamte
-
- Verbände (NGOs)
 - Wähler/-innen

8. Aktuelle Herausforderung: »Digitalisierung der Arbeit /Arbeit 4.0«



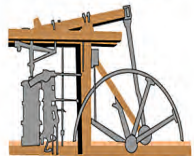
1: Chistine Pfahmann



2: Klaus Stuttmann

Industrie 4.0 – Arbeitsmarkt 4.=

Der Weg zur Industrie 4.0



18./19. Jahrhundert
Die 1. industrielle Revolution

- Übergang von der Agrar- zur **Industriegesellschaft**
- Zunehmende Arbeitsteilung und **Effizienzsteigerung**
- Erfindung der Dampfmaschine
- Beginn der **Mechanisierung** der Arbeit

Anfang 20. Jahrhundert

Die 2. industrielle Revolution

- **Elektrizität**
- Zunehmende Mechanisierung
- Industrielle Produktion
- **Fließband** macht Massenproduktion möglich



ab 1970er Jahre

Die 3. industrielle Revolution

- **Computer** und Automatisierung führen zu deutlichen Kostensenkungen
- Aufbau weltweiter Kommunikationsnetze, **Internet**



© Globus

ab Beginn des 21. Jahrhunderts

Die 4. industrielle Revolution

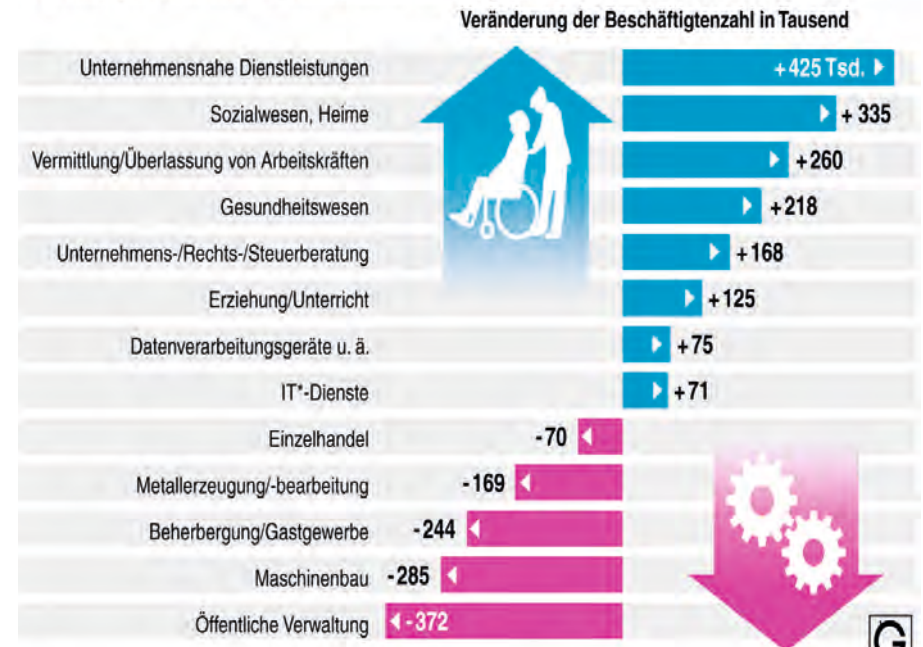
- **Digitale Vernetzung** aller an der Produktions- und Wertschöpfungskette beteiligten Menschen, Maschinen, Prozesse und Systeme
- Individualisierung der Produkte und Steuerung fast in Echtzeit möglich
- Ein Ziel: die „intelligente Fabrik“ – **smart factory**



Quelle: BMWi

Der Arbeitsmarkt von morgen

Branchen, in denen die Zahl der Beschäftigten im Zeitraum von 2014 bis 2030 in Deutschland am stärksten zu- oder abnehmen wird (Prognose)



*Informationstechnologie Quelle: Vogler-Ludwig u. a. (Arbeitsmarkt 2030), BMAS (Weißbuch Arbeiten 4.0) © Globus 11925

9. Aktueller Stand der Diskussion und Reformvorschläge:

Sozialstaatsleistungen in D auf dem Prüfstand

1



Frankfurter Allgemeine
Wirtschaftspolitik

-0,26 % DAX * 11.922,82 -0,27 % EUR/USD 1,1615 -0,06 % DOW JONES 25.995,87 +0,08 %

SOZIALPOLITIK

Das Drama des deutschen Sozialstaats

VON HEIKE CÖBEL - AKTUALISIERT AM 27.04.2017 - 15:23

2



stern VIDEO SPIELE ABO FOTOGRAFIE

Panorama Politik Kultur Lifestyle Digital Wirtschaft Sport Gesundheit Genuss Reise Familie Auto

Sozialstaat

Die Lüge von der sozialen Gerechtigkeit

An diesem Wochenende protestieren Hunderttausende gegen Sozialabbau und Reformen. Aber protestieren sie gegen das Richtige? Nichts ist ungerechter als unser aufgeblähter Abgabenstaat, der fast allen nimmt und oft den Falschen gibt.

3



Freitag, 7. September 2018

Handelsblatt DIGITAL Ein Jahr 50% sparen ANGEBOT SICHERN >

Handelsblatt

HOME POLITIK UNTERNEHMEN FINANZEN TECHNIK AUTO KARRIERE ARTS & STYLE MEINUNG VIDEO SERVICE

Deutschland Konjunktur International Konjunkturdaten Ökonomische Bildung Weltgeschichten

Handelsblatt > Politik > Deutschland > Kommentar zu steigenden Sozialausgaben: Sozialstaat per Gießkanne

Suchbegriff, WKN, ISIN

27.07.2017 : 17:01 Uhr

KOMMENTAR ZU STEIGENDEN SOZIALAUSGABEN

Sozialstaat per Gießkanne

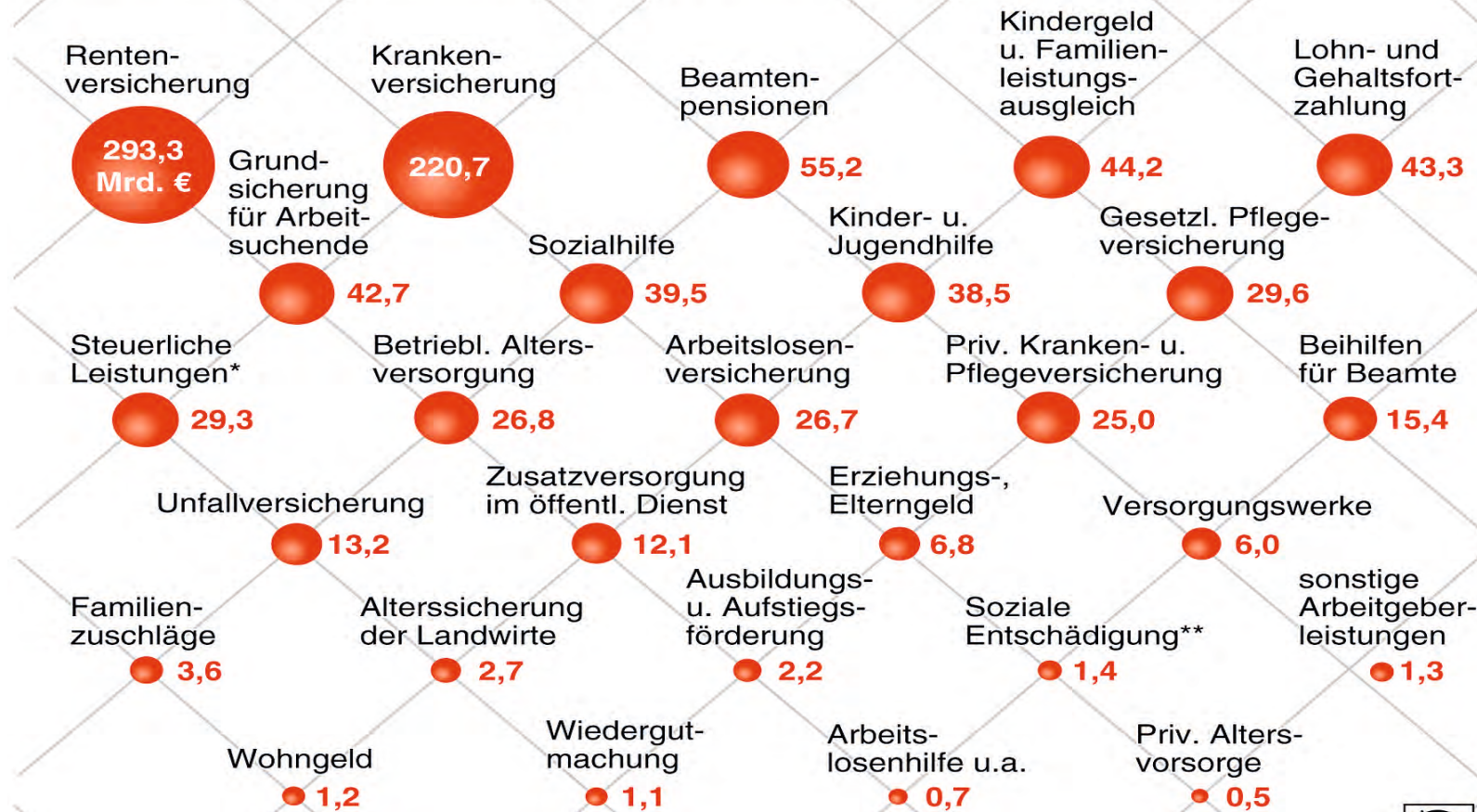
Trotz guter Konjunktur gibt der Staat immer mehr Geld für Soziales aus. Unter dem Deckmantel der Sozialpolitik wird längst Klientelpolitik betrieben. Den wirklich Bedürftigen wird damit nicht geholfen. Ein Kommentar.

lpb

Aktuelle Sozialstaatsleistungen in D auf dem Prüfstand

Das soziale Netz

Sozialleistungen in Deutschland 2016 in Milliarden Euro (Schätzung)



*z. B. Ehegattensplitting **Kriegsopferversorgung u. a.
Angaben ohne Verrechnungen Stand Mai 2017

Quelle: BMAS

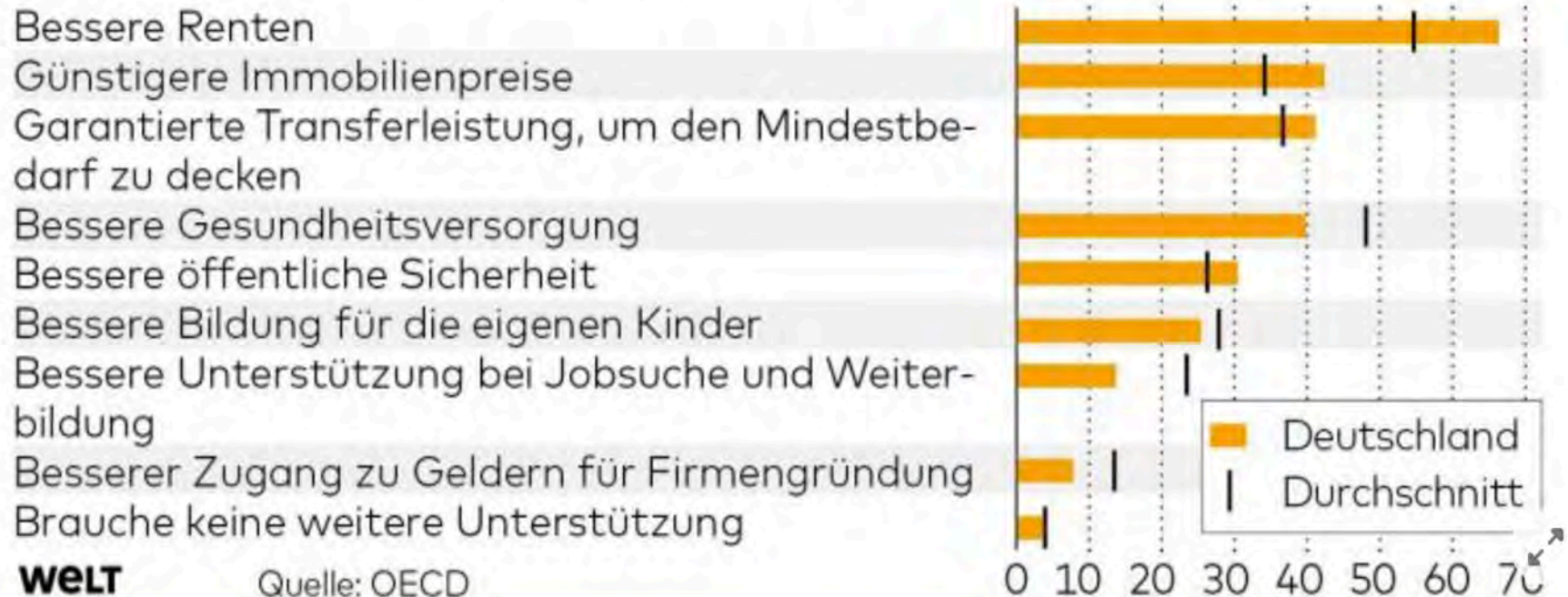
© Globus  11965

lpb

OECD-Befragung: Prioritäten der Bevölkerung in der OECD und in Deutschland

Die Prioritäten der Deutschen

Anteil der Befragten, die aus einer Liste von neun staatlichen Maßnahmen 0 bis 3 Top-Prioritäten auswählen konnten, in Prozent



welt

Quelle: OECD

Quelle: Infografik WELT

9. Die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaatsmodells

a) Lösungsansatz 1: »Renteneintrittsalter erhöhen«

„Längeres Arbeiten ist unumgänglich“

Herr Kuban, Sie waren gegen den Grundrenten-Kompromiss. Die teuren Rentenfragen stehen aber erst an. Was erwarten Sie im März von der Rentenkommission der Regierung? Ich sehe es sehr kritisch, dass die Mitglieder im Durchschnitt 58 Jahre alt sind. Ich habe deshalb nur ein begrenztes Vertrauen, dass sie ein gutes Rentensystem für die Zukunft entwerfen können. Die Interessen der jungen Generation werden in der Rentenkommission zu wenig abgebildet. Aber wir werden unserer Generation in der Debatte, die auf die Vorschläge folgen wird, Gehör verschaffen.

Sind bei Mütterrente oder Rente mit 63 die Interessen der Jungen unter den Tisch gefallen?

Ja, das sind sie. Allerdings ist das wenig überraschend. Bei der Bundestagswahl 2021 werden 60 Prozent der Wähler über 50 Jahre alt sein. Viele Parteien fokussieren sich auf diese Altersschicht mit neuen Wahlgeschenken. Dabei ist es nicht so, dass ich den Müttern oder Menschen, die lange und hart gearbeitet haben, die Leistungen nicht gönne. Aber wir stellen die Frage, wer das alles bezahlen soll. Es kann nicht sein, dass wir am Ende diejenigen sind, die viel ins System einzahlen, für die aber die Zukunftsinvestitionen ausbleiben.

Wie groß ist aus Ihrer Sicht der Reformbedarf?

Wir haben drei Stellschrauben, die wir politisch neu justieren müssen. Die Einnahmeseite, das Renteneintrittsalter und das Rentenniveau. Aus meiner Sicht müssen wir bei der nächsten Rentenreform an allen drei Stellschrauben drehen.

Was heißt das konkret? Länger arbeiten?

Jedes zweite heute geborene Kind hat eine Lebenserwartung von durchschnittlich 100 Jahren. Wir wissen auch, dass sich das durchschnittliche Ren-

Interview Der Chef der Jungen Union, Tilman Kuban, will das Eintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln. Damit seine Generation noch Rente erhält.

teneintrittsalter seit den 1960er Jahren nicht verändert hat. Insofern kommen wir um längeres Arbeiten nicht herum, wobei ich um die Unterschiede zwischen den Berufen weiß. Zwar kann ein Dachdecker mit 70 wahrscheinlich nicht mehr auf dem Dach stehen, aber ein Professor kann vielleicht noch lehren. Wir wollen das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln, gleichzeitig aber individuelle Lösungen ermöglichen.

Und wie stehen Sie zu höheren Beiträgen?

Wir haben in Deutschland schon jetzt mit die höchsten Lohnnebenkosten der Welt. Wir können die Beiträge nicht beliebig erhöhen, ohne den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes zu gefährden.

Damit sänke das Rentenniveau.

Das lässt sich kaum vermeiden, weshalb wir meines Erachtens die private wie die betriebliche Säule der Altersversorgung stärker ausbauen müssen. Da hat die Koalition mit Steuerfreibeträgen für Betriebsrenten gerade den Anfang gemacht. Wenn dann aber ein SPD-Bundesfinanzminister mit einer Finanztransaktionssteuer um die Ecke kommt, die klar zulasten derer geht, die privat fürs Alter vorsorgen, spielen wir „rechte Tasche, linke Tasche“.

Muss nicht doch die Basis verbreitert werden, indem auch Selbstständige und Beamte einzahlen?

Das würde allerdings zunächst ein teurer Systemwechsel. Denn wir müssten denjenigen, die ihre Altersvorsorge über Versorgungswerke geplant haben, Bestandsschutz gewähren. Zudem müssten wir bereits erworbene Pensionen der Beamten weiter finanzieren, während parallel die Beiträge für neue Beamte einzuzahlen wären. Das Geld würde an anderer Stelle in den Haushalten der Kommunen, Länder und des Bundes fehlen. Ich bin dafür, das alles einmal genau durchzurechnen. Ein Allheilmittel für unser Rentenproblem ist die Einbeziehung von Freiberuflern und Beamten aber nicht.

Bei all Ihren Bedenken: Was stellen Sie sich vor?

Langfristig werden wir zu einer steuerfinanzierten Basisrente kommen. Darüber hinaus wird es dann die Leistungen geben, die man sich selbst gesetzlich, privat oder betrieblich erarbeitet hat. Schon jetzt bezuschussen wir die Rentenkasse mit gut 100 Milliarden Euro jährlich. Das ist ein knappes Drittel des Haushalts und kann nicht immer weiter ansteigen. Irgendwann muss es einen Schnitt geben, der dann den Grundsockel der künftigen steuerfinanzierten Altersvorsorge darstellt.

Das Gespräch führte Christopher Ziedler.

KONSERVATIVER JUNGER

Aufstieg Tilman Kuban (32) ist seit März 2019 Bundesvorsitzender der Jungen Union und damit auch Mitglied im CDU-Bundesvorstand. Seit 2016 ist der Jurist für die Unternehmerverbände Niedersachsens als Leiter Recht und Nachhaltigkeit tätig. StZ



Die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaatsmodells

Lösungsansatz 1: »Renteneintrittsalter erhöhen«

Rente mit 83 – eine Lösung?

Neulich stand in einer Zeitung, die Beiträge zur Pflegeversicherung müssten dringend erhöht werden, weil die

5

Babyboomer im Jahr 2030 ins Pflegealter einträten. Da wäre Ursula Lehr dem Verfasser furchtbar gerne an die Gurgel gesprungen. Aber der war

10

nicht greifbar, solange ihr Zorn noch rauchte. Und Frau Lehr ist mit 84 Jahren auch nicht mehr so beweglich wie früher. Stattdessen referiert sie mit der wuchtigen Kompetenz der führenden Altersforscherin Deutschlands: „Es gibt ein Alter, in dem Kinder mit dem Krabbeln beginnen, es gibt ein Alter, in dem sie zahn-

15

haben. Aber es gibt kein Alter, von dem an Menschen automatisch pflegebedürftig sind.“

20



© F.A.Z.-Foto / Helmut Fricke

Winand von Petersdorff berichtet als Wirtschaftskorrespondent für die FAZ aus Washington.

Bis 2070

Bundesbank fordert Rente mit 69

Die Lebenserwartung steigt, deshalb will die Bundesbank, dass Arbeitnehmer entsprechend später in Rente gehen. Nur so könne das Absinken des Rentenniveaus gebremst werden.

21.10.2019, 14:58 Uhr

Rente mit 70 bedeutet Schuftan bis zum Umfallen

Trotz steigender Lebenserwartung geht nur gut die Hälfte der 60 bis 65jährigen einer Erwerbstätigkeit nach.

5

Eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 oder gar 70 Jahre würde daher eine doppelte Rentenkürzung bedeuten. Die Rentenhöhe würde sich für viele weiter vermindern, weil sie in den letzten Jahren vor Renteneintritt gar nicht oder nicht mehr Vollzeit arbeiten; und immerhin jede/r Fünfte würde ein Renteneintrittsalter von 70 Jahren gar nicht erreichen oder kurz da-

15

nach sterben.



© www.wikimedia.org, Foto AG Gymnasium Melle CC BY-SA 4.0

Sabine Zimmermann ist Abgeordnete des Deutschen Bundestages für die Fraktion der Linkspartei.

Die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaatsmodells

b) Lösungsansatz 2: »Bedingungsloses Grundeinkommen«



Wie hoch sollte das bedingungslose Grundeinkommen sein?

Götz Werner: 600.--1.500.- Euro - / Thomas Straubhaar: um 1.000.- Euro

Die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaatsmodells

Lösungsansatz 2: »Bedingungsloses Grundeinkommen«



| Sascha Liebermann, Professor für Soziologie an der Alanus Hochschule in Alfter bei Bonn und Mitbegründer der Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ |

„Für mich ist das bedingungslose Grundeinkommen eine Fortentwicklung des Sozialstaats, und zwar vor dem Hintergrund, dass wir einen Sozialstaat haben, der den Grundfesten der Demokratie im Grunde hinterherläuft. Ich will das kurz erklären: Wir setzen in der Demokratie auf Mündigkeit, Selbstbestimmung, Bereitschaft, sich einzubringen, bedingungslose Geltung von Grundrechten. Und das bedingungslose Grundeinkommen macht für die Seite der Einkommensabsicherung nach unten - es geht um einen Sockelbetrag - genau dasselbe. Insofern wäre es also nur eine Fortentwicklung des Sozialstaates hin dazu, zur Demokratie besser zu passen.“



| Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität Berlin |

„Die Frage für mich ist: Wie kann den Menschen mehr Eigenverantwortung gegeben werden? Wie kann die soziale Marktwirtschaft, unser Gesellschaftsvertrag, funktionieren? Und dazu gehört nun mal Eigenverantwortung. Wie können die Menschen wieder mehr Freiheit, mehr Autonomie bekommen, über ihr Leben selbst entscheiden zu können? Ich glaube, das bedingungslose Grundeinkommen ist die falsche Antwort auf diese Fragen. Denn Menschen, die abgehängt werden, die abgehängt sind heute, brauchen nicht in erster Linie mehr Geld, mehr Einkommen, sondern sie benötigen mehr Chancen, Arbeit zu finden, gute Arbeit zu finden, mit der sie für sich sorgen können. Sie brauchen eine Chance, Teil der Gesellschaft sein zu können. Das erfordert Bildung. Das erfordert auch Inklusion. Auf all diese Herausforderungen ist das bedingungslose Grundeinkommen nicht die richtige Antwort. Sie ist letztlich das Mogeln des Staates aus der Verantwortung, der sagt: Hier habt ihr Geld. Jetzt lasst den Staat in Ruhe. Jetzt seid ihr auf euch alleine gestellt.“



Die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaatsmodells

Lösungsansatz 2: »Bedingungsloses Grundeinkommen«

Die Pro-Argumente:

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre gut, weil...

- es die gesellschaftlichen Folgen des industriellen Wandels auffangen könnte.
- es weniger bürokratisch wäre als das bestehende Renten- und Sozialsystem.
- es gerechter wäre als das bisherige Sozialsystem.
- es Arbeitnehmern mehr Sicherheit geben und Selbstverwirklichung ermöglichen würde.
- Arbeitssuchende zu schlecht bezahlte Jobs im Niedriglohnsektor ablehnen könnten.
- der Arbeitsmarkt flexibler würde.



Die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaatsmodells

Lösungsansatz 2: »Bedingungsloses Grundeinkommen«

Die Contra-Argumente

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre schlecht, weil...

- es im Bundeshaushalt kaum zu bezahlen wäre.
- das bestehende Sozialsystem in Deutschland dadurch abgeschafft würde.
- die Auswirkungen auf das Rentensystem und die sozialen Sicherungssysteme spekulativ sind.
- durch die Finanzierung über die Mehrwertsteuer die Kaufkraft sinken würde.
- eine Finanzierung über die Vermögenssteuer oder die Einkommenssteuer nicht ausreichen würde und ungerecht wäre.
- in ländlichen Regionen dann Fachkräfte fehlen würden, weil es den Anreiz nimmt, dort zu arbeiten.
- kaum jemand mehr arbeiten wollen würde.

Vgl. www.deutschland.de



Die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaatsmodells

c) Lösungsansatz 3: »Solidarisches Grundeinkommen«

Das Konzept sieht vor, dass der Staat Arbeitslosen, die wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, eine gemeinnützige Arbeit (z.B. Pflege von öffentlichen Anlagen, ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen) auf Mindestlohniveau anbietet. Wenn das Angebot des Staates angenommen wird, werden weiterhin auch die niedrigen Sozialleistungen bezahlt. Das solidarische Grundeinkommen soll mit Steuermitteln finanziert werden.

»Wenn Berlins Regierungschef Müller, SPD, ein Recht auf Arbeit verspricht, dann geht es [...] um gut vier Millionen erwerbsfähige Hartz-IV-Empfänger. Diese sollen nun Parks pflegen, Hausaufgabenbetreuung übernehmen oder Senioren zum Arzt oder beim Einkaufen begleiten - bezahlt vom Steuerzahler. (...) Die Forschung hat längst belegt, dass der Job als Parkpfleger oder Schulhausmeister für das Gros der Hartz-IV-Empfänger eben kein Sprungbrett, sondern **eine Sackgasse** ist. Wer im sozialen Arbeitsmarkt gefangen ist, für den wird die **staatliche Transferleistung zur Dauerlösung** - nur dass sie dann statt Hartz IV »Grundeinkommen« heißt. **Ziel muss aber sein, Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen**, sie vom Tropf des Staates zu lösen und damit auch die Steuerzahler zu entlasten.«

| Frank Specht in: Handelsblatt 29.3.2018, S. 18 |



Große Zustimmung

Sollten Langzeitarbeitslose in Deutschland das Recht auf eine gemeinnützige, steuerfinanzierte Beschäftigung zum Mindestlohn erhalten?



Quelle: Tagesspiegel

www.fr.de/wirtschaft/arbeit-soziales/grundsicherung-grundeinkommen-oder-hartz-iv-a-1476347/

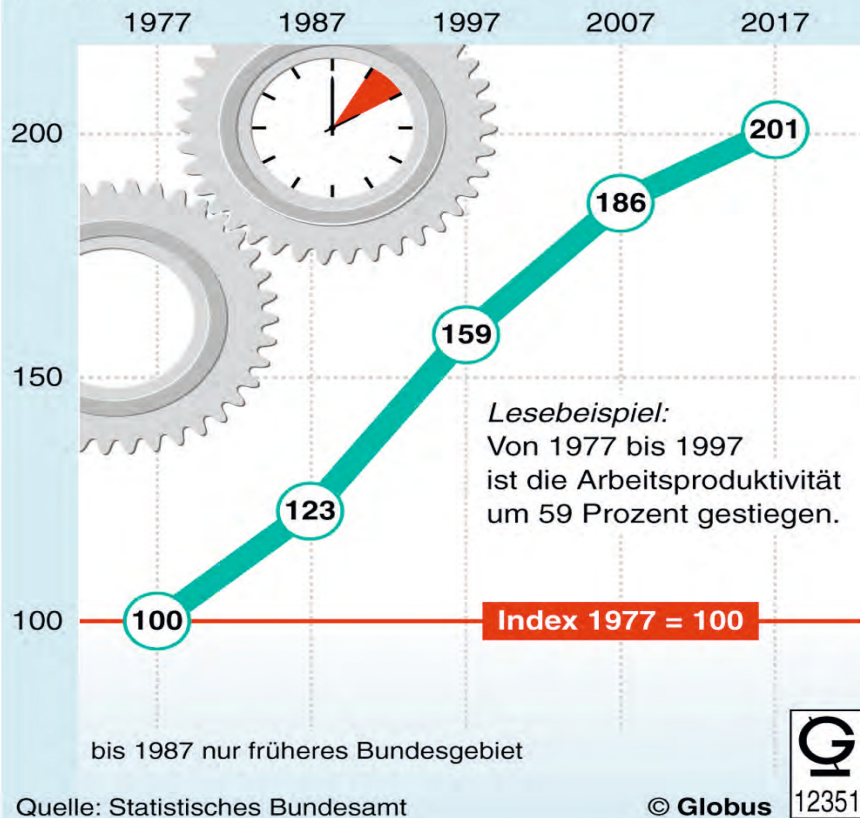
lpb

Die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaatsmodells

d) Lösungsansatz 4: »Umverteilung: Orientierung der Sozialstaatsabgaben am Produktivitätsfortschritt«

Der Produktivitäts-Fortschritt

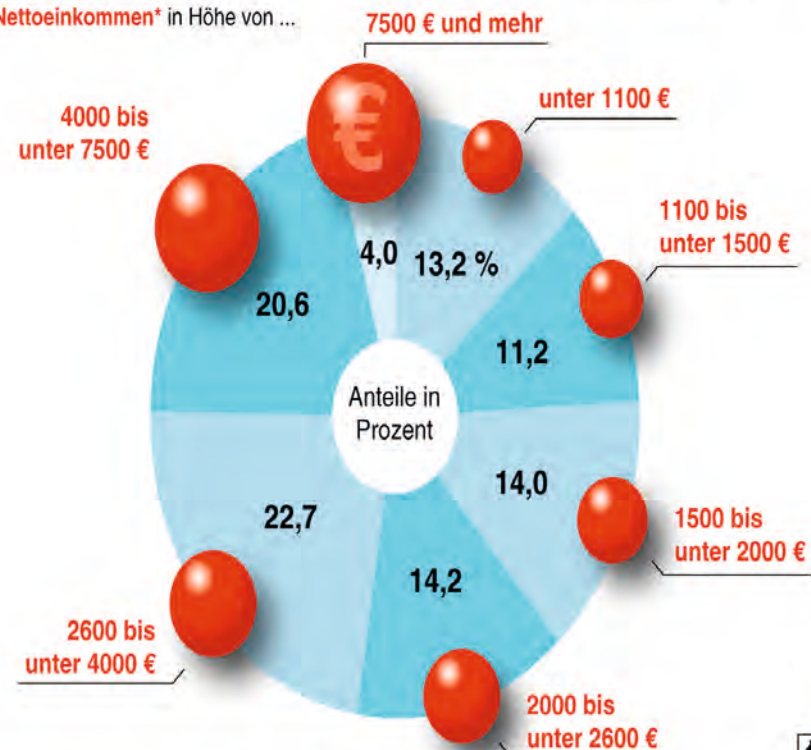
Arbeitsproduktivität je geleistete Erwerbstätigenstunde in Deutschland



Wie das Einkommen verteilt ist

Haushalte in Deutschland 2016 mit einem monatlichen Nettoeinkommen* in Höhe von ...

● Einkommensgruppen

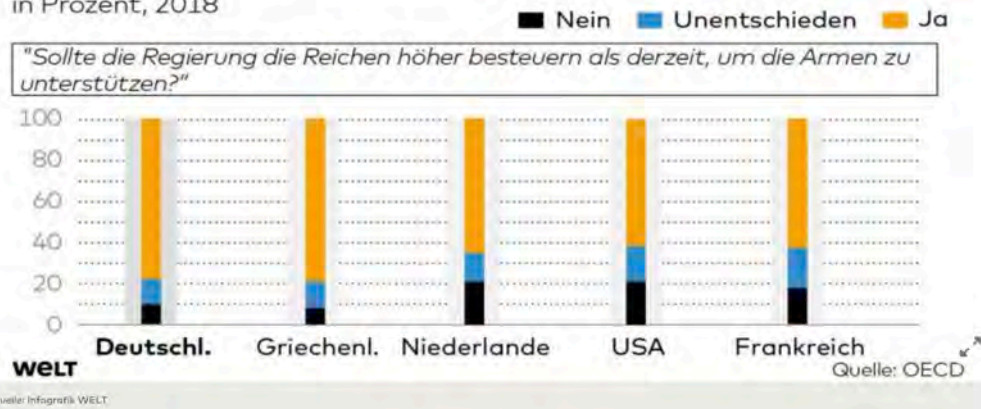


Die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaatsmodells

Lösungsansatz 4: »Umverteilung: Orientierung der Sozialstaatsabgaben am Produktivitätsfortschritt«

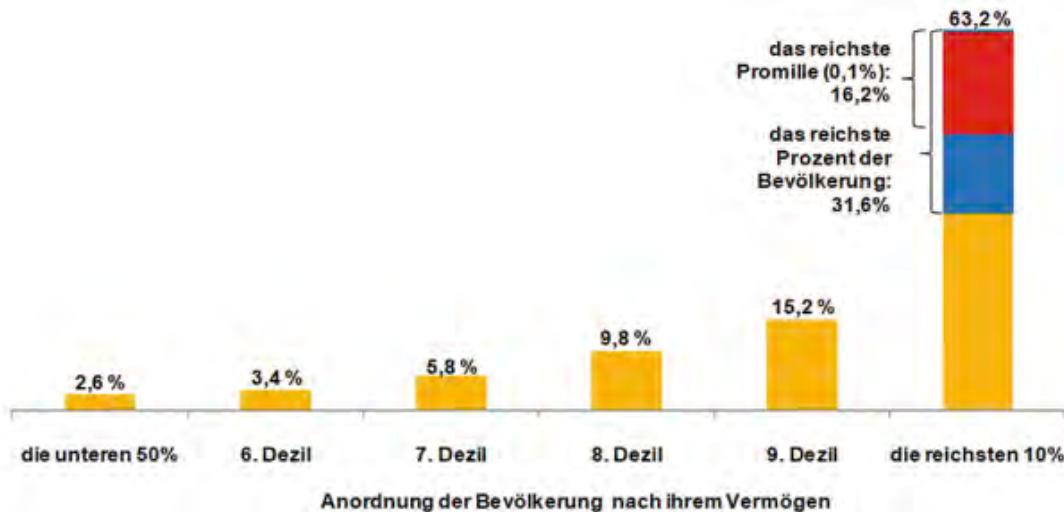
Deutsche befürworten höhere Steuern für Reiche

in Prozent, 2018



Zur aktuellen Diskussion:

- Vermögensteuer
- Erbschaftssteuer
- Einkommensteuer (Erhöhung Spitzensteuersatz)
- Grundrente (nach 33 Beitragsjahren)



Sozialstaat - taz.de

28.01.20, 08:41

5.11.2013

Urteil zu Hartz-IV-Sanktionen

Investition in den sozialen Frieden



KOMMENTAR von SIMONE SCHMOLLACK

Weniger harte Sanktionen bei Hartz-IV – schürt das nicht Ungerechtigkeit? Mag sein, aber ein Sozialstaat muss das aushalten.

Die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaatsmodells

e) Lösungsansatz 5: »Investitionen in Bildung«

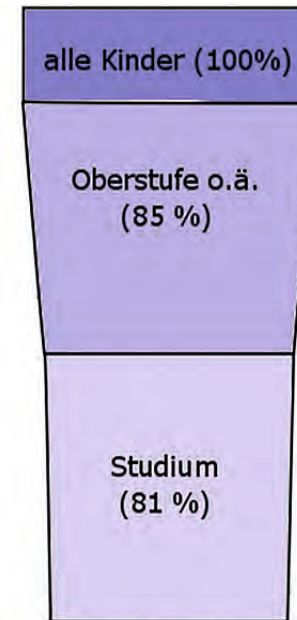
1.11.2019

Öffentliche Bildungsausgaben

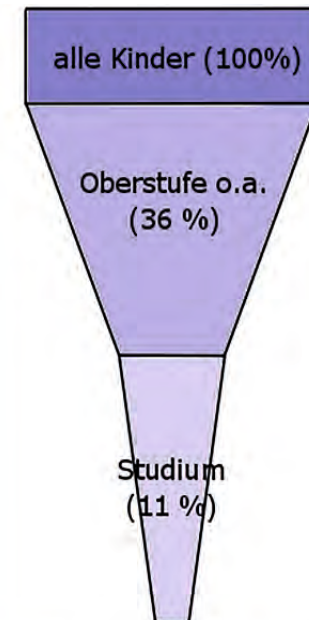
In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und in Kaufkraftstandards (KKS) pro Kopf, Index (Deutschland = 100), ausgewählte europäische Staaten, 2015



Quelle: Eurstat; Online-Datenbank: Öffentliche Ausgaben für Bildung in % des BIP (03/2019), Öffentliche Ausgaben für Bildung in jeweiligen Preisen (09/2018)
Lizenz: cc-by-nc-nd/3.0/de/



Soziale Herkunftsgruppe
"Hoch"



Soziale Herkunftsgruppe
"Niedrig"

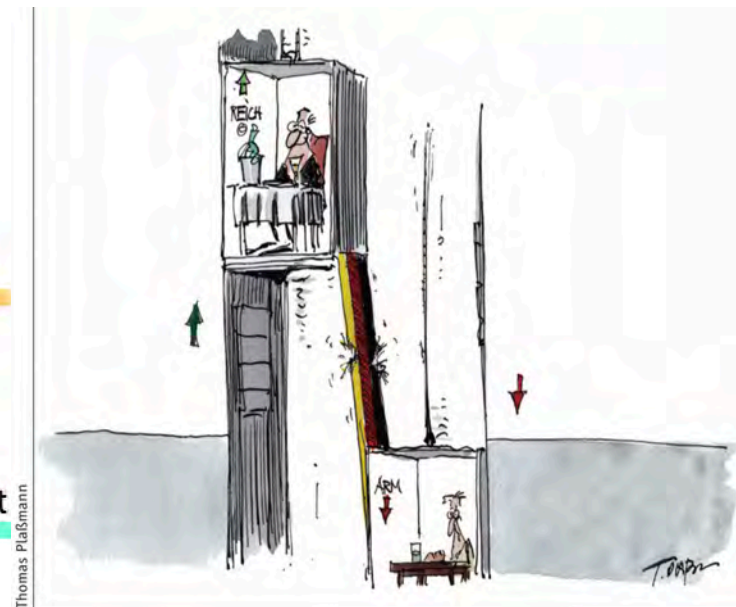
Diskussion:

- Welches Bildungssystem in den 16 Bundesländern ist beispielhaft?
- Müssen es 16 unterschiedliche Bildungssysteme sein?



lpb

9. Die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaats und der Disput um den »Effektivitäts- und Gerechtigkeitsbegriff«





10. Fazit: »Partizipation der Bevölkerung in einer Demokratie durch sozialstaatliche Strukturen« (Demokratiebildung)

Was ist? Analyse:

- Unterschiedliche Partizipation in Deutschland je nach sozialem Status.
- Je weniger integriert, desto geringer die Partizipation in der Demokratie.

Was ist möglich ? Optionen

- Aspekte: Wahlrechtsreform / Transparenz des Lobbyismus / direkte Demokratie
- Optionen: Förderung materieller Voraussetzungen (Einkommen, Vermögen) /
... der Bildung (formale Bildung / Schul- und Ausbildungssystem)
.... des Zugangs zu und Einfluss auf Medien
... u.a.

Was soll sein ? (Kriteriengeleitetes Urteil / Bewertungskriterien)

- Teilhabe / Partizipation am politischen Entscheidungsprozess jenseits von Einkommen, Vermögen, Geburt und Beziehungen (**Kriterium Gerechtigkeit**)
- Chancengleichheitsförderung und Freiheitssicherung (**Kriterium Nachhaltigkeit und Effektivität**)



1. Kleine Literaturliste

- www.deutschlandundeuropa.de (alle Ausgaben von D&E zum kostenlosen Download)
- Ebert, Thomas (2018): *Krise der Sozialsysteme – Konzepte für die Zukunft*, in D&E Heft 75, S. 32-43
- Kalb, Jürgen (2018): *der deutsche Sozialstaat – ein Modell sozialer Gerechtigkeit und Mobilität*, ebenda, S. 3-7
- Spannagel, Dorothee (2018): *Armut im deutschen Sozialstaat*, ebenda, S. 20-31
- Bub-Kalb, Simone / Kalb, Jürgen (2018): *Sozialstaat*. Wochenschauverlag, Frankfurt am Main
- Ebert, Thomas (2015): *Soziale Gerechtigkeit*. Schriftenreihe bpb
- Straubhaar, Thomas (2017): *Radikal gerecht. Wie das bedingungslos Grundeinkommen den Sozialstaat revolutioniert*. Hamburg
- Butterwegge, Christoph (2018): *Krise und Zukunft des Sozialstaats*. Springer Verlag
- Schmidt, Manfred G. (2016): *Der deutsche Sozialstaat: Geschichte und Gegenwart*. Beck'sche Reihe. München
- Bpb (Informationen zur politischen Bildung /2015): *Sozialpolitik*. Bonn www.bpb.de

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

